

Bericht über die Entwicklung in POLEN

September 1963

I. <u>Politik und Ideologie</u>	Seite: 1
1) Vor dem Parteitag der PZPR	1
2) "Kultura" gegen "Polityka"	2
3) "Die Möglichkeiten sind grösser"	5
4) Aus dem Verlauf des "DDR"-Besuches in Polen	9
5) Polemik mit China über die Sozialdemokratie	12
6) Jugoslawischer Besuch in Polen	15
7) Konzil in Rom und neuer Papst	14
II. <u>Wirtschaft</u>	16
1) Erntefest	16
2) Neue Preiserhöhungen	17

- - - - -

I. POLITIK UND IDEOLOGIE

1) Vor dem Parteitag der PZPR

Die letzte Plenarsitzung des Zentralkomitees der PZPR (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) beschloß, den IV. Parteitag "für die erste Hälfte des Jahres 1964" einzuberufen. Inoffiziell wurde der Juni 1964 als möglicher Termin genannt. Das würde bedeuten, daß noch weit mehr als ein halbes Jahr vergehen wird, bis die Delegierten des Parteitages im Warschauer Kongreß-Saal zusammentreten. Dennoch bestimmt dieses Ereignis schon heute weitgehend die Tätigkeit der Partei und ihrer einzelnen Fraktionen.

Das letzte "ideologische" Plenum des ZK vom August d.J. brachte nicht die erwartete Entscheidung im internen Parteikampf. Unter dem Eindruck des offenen Bruches zwischen dem Sowjetblock und Rotchina fühlte sich der Parteichef GOMULKA noch mehr in seinem Vorhaben bestärkt, eine offene Krise in der PZPR zu verhindern. Es gelang ihm, die feindlichen Fraktionen davon abzuhalten, die ZK-Sitzung zum Schauplatz ihres schon lange schwelenden Streites zu machen. Auf diese Weise wurde aber die Entscheidung nur verschoben. Nun bereiten sich alle Gruppen auf den Tag vor, an dem diese Entscheidung erzwungen werden soll. Der Parteitag bietet sich dazu förmlich an. Der interne Parteikampf, der bis jetzt in Form eines "Partisanenkrieges" geführt wurde, hat sich in einen Stellungskrieg verwandelt. Jeder versucht, seine Stellung zu festigen, indem er sich direkt an die Parteiorganisationen wendet, die in absehbarer Zeit Delegierte für den Parteitag aufstellen werden. Das wird zur Folge haben, daß auch die unteren Funktionäre und Mitglieder in die Auseinandersetzungen verwickelt werden.

Wie oft in den letzten zwei Jahren zeigen sich die Neostalinisten aktiver und aggressiver als ihre "liberalen" Gegner. Die letzteren wurden oft zur Defensive gezwungen und hielten es schon für einen Erfolg, wenn es ihnen zeitweise gelang, den Vormarsch der Neostalinisten zu stoppen. Tatsache aber ist, daß in den vergangenen Jahren die "Liberalen" eine Position nach

der anderen räumen mußten, und daß viele Vertreter und Sympathisierende der gemäßigten Richtung ihre Stellungen in Presse, Rundfunk, Fernsehen, Polizei, Auslandsdienst usw. verloren.

Die Erfolge der Neostalinisten wären nicht möglich gewesen, wenn es ihnen nicht gelungen wäre, den Parteichef GOMULKA und seinen Vertrauten Zenon KLISZKO von der Notwendigkeit einer gesteigerten Wachsamkeit gegenüber "Aufweichungserscheinungen" vor allen in der Kulturpolitik der Partei zu überzeugen. Es besteht heute kein Zweifel mehr darüber, daß GOMULKA den Einflüsterungen der Neostalinisten ein williges Ohr lieh. Seine eigenen Vorstellungen über die Rolle der Partei auf dem Gebiete der Kultur stehen den Ansichten der Neostalinisten sehr nahe und sind weit entfernt von den Vorstellungen der "Liberalen" aller Schattierungen. Der Verlauf des letzten ZK-Plenums bestätigte das nicht zum ersten Male. Der Parteichef verfügt über gewisse Sympathien unter den Bauern und Arbeitern. Dagegen kann man heute mit Sicherheit behaupten, daß die große Mehrzahl der Intellektuellen ihm keine Sympathien mehr entgegenbringt.

Obwohl sie in letzter Zeit von der Partei oft gerügt wurden, verhalten sich die Intellektuellen des Landes verhältnismässig gelassen. Die starken Worte, die von der Rednertribüne des ZK-Plenums an ihre Adresse gerichtet wurden, haben sie nicht sonderlich beunruhigt. Die bisherige Erfahrung lehrte sie nämlich, daß scharfe Beschlüsse gewöhnlich bei ihrer Verwirklichung stark verwässert werden. Man hofft, daß dies auch diesmal nicht anderes sein wird.

2) "Kultura" gegen "Polityka"

Vor vier Monaten veröffentlichte man in Warschau ein Kommuniqué über die Liquidation von zwei literarischen Wochenzeitschriften und die gleichzeitige Gründung einer neuen an ihrer Stelle. Sie erschien unter dem Namen "Kultura."

Hinter dieser Meldung verbarg sich ein gelungener Coup der neostalinistischen Fraktion in der Partei: Menschen, die mit der Kulturpolitik der Partei nicht konform gingen, wurden ausgeschaltet, die Neostalinisten gewannen in der neuen Zeitschrift ein eigenes Organ, das sie nun für ihre Zwecke auszunutzen suchen.

Diese Verschiebung des Kräftefeldes im Pressewesen hat auch eine angesehene andere Zeitschrift in Gefahr gebracht: "Polityka". Diese Zeitschrift ist erst nach dem polnischen Oktober entstanden. Sie befaßt sich hauptsächlich mit politischen und ideologischen Problemen, gelegentlich begibt sie sich aber auch auf das Gebiet der Literaturkritik. So ist es nicht ausgeblieben, daß die neue "Kultura" und die "Polityka" vielfach gleiche Themenkreise behandeln. Ein Konkurrenzkampf war deshalb unvermeidlich.

Die Widersprüche beider Organe kommen auch in ihren verantwortlichen Mitarbeitern zum Ausdruck:

An der Spitze der "Kultura" steht ein gewisser Janusz WILHELMI, der als ein Günstling des neostalinistischen Parteisekretärs Ryszard STRZELECKI bekannt ist. Dieser noch relativ junge Mann gehörte während des Krieges zur nationalpolnischen Untergrundbewegung, die von der Exilregierung in London gesteuert wurde. Als die Sowjets das Land besetzten, schwenkte er sofort auf die kommunistische Linie um und wurde ein dogmatischer Stalinist. Er hatte sich so in diese Linie verkrampft, daß er selbst nach dem Oktoberumschwung an den dogmatischen Positionen festhielt.

An der Spitze der "Polityka" steht ein Mann, der aus anderem Holz geschnitzt ist, Zur gleichen Altersgruppe wie WILHELMI gehörend, befand er sich aber schon als ganz junger Bauernsohn im Kreise der kommunistischen Ideologie. Mieczyslaw RAKOWSKI, Chefredakteur von "Polityka" und

Absolvent der Parteihochschule, bedacht auf seine Karriere, versuchte sich vom internen Parteikampf nach Möglichkeit fernzuhalten, es war aber für jeden Eingeweihten klar, daß seine Sympathien eher den "Liberalen" gehören.

Neostalinisten, die sich eine gründliche "Säuberung" der Presse (welche sie gänzlich unter ihre Kontrolle zwingen möchten) zum Ziel machten, betrachteten mit Argwohn, daß RAKOWSKI einige frühere Mitarbeiter der von ihnen befehdeten und später aufgelösten Zeitschrift "Przegląd Kulturalny" aufnahm und ihre Arbeiten druckte. Alle Versuche der Neostalinisten, RAKOWSKI für sich zu gewinnen, schlugen fehl.

Es war klar, daß sie nunmehr zum Angriff auf RAKOWSKI übergehen mußten. Sie nahmen eine relativ unbedeutende literarische Polemik zwischen einigen Kritikern als Vorwand. Solche Polemiken werden im kommunistischen Polen manchmal sehr scharf geführt und enthalten viele persönliche Spitzen.

"Kultura"-Redakteur WILHELMI verwahrte sich dagegen, daß man in "Polityka" seine Mitarbeiter "mit Schmutz bewirft und in der Öffentlichkeit diskreditiert". Er apostrophierte RAKOWSKI (ohne ihn allerdings beim Namen zu nennen) als "jungen Mann, der zu schnell einen zu bedeutenden Posten bekam".

Das war eine Drohung, und so wurde es wohl auch von dem Betroffenen aufgefaßt. "Polityka" antwortete auf den Angriff WILHELMIS mit dem Hinweis darauf, daß er seine Polemiken bisher auch nicht gerade sanft geführt hätte. Seine Aufregung bezeichnete man als "merkwürdig".

Die literarischen Kreise Warschaws haben eine neue Sensation und warten auf die weiteren Aktionen der kämpfenden Parteien. Sollte es den Neostalinisten gelingen, RAKOWSKI zur Kapitulation zu zwingen, so müßte man das als ein schlechtes Vorzeichen für den kommenden Parteitag betrachten.

3) "Die Möglichkeiten sind aber größer"

Knapp ein Jahr nach dem "DDR"-Besuch einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation kam ULBRICHT mit einem zahlreichen Mitarbeiterstab zu einem Gegenbesuch nach Warschau. In informierten Kreisen der polnischen Hauptstadt vermutet man, daß der Pankower Diktator Wert darauf legte, seine Polen-Reise noch vor den "Wahlen" zur "Volkskammer" zu absolvieren. Man meint in Warschau, ULBRICHT wollte die Tatsache ausnützen, daß breite Kreise der sowjetzonalen Bevölkerung gewisse Sympathien für GOMULKA empfinden, weil er den Menschen in Polen mehr Freiheiten gibt, als die Pankower Machthaber ihren Untergebenen. Zwar hielt ULBRICHT vom polnischen Oktober immer sehr wenig, aber auch die Kommunisten werben vor ihren "Wahlen" um die Gunst der Massen.

GOMULKA gehört seit seinem Besuch im Oktober vorigen Jahres zu den eifrigsten Propagandisten ULBRICHTs und seines Regimes im Ostblock. Für internationale Ambitionen der sowjetzonalen Regierung ist diese Tatsache nicht ohne Bedeutung. Auch in dieser Hinsicht schien also ULBRICHT der Moment günstig, um in Warschau zu erscheinen.

Die polnischen Gastgeber verbanden mit diesem Besuch etwas andere Vorstellungen und Erwartungen. Für GOMULKA bedeutet ULBRICHT keineswegs eine Hilfe, wenn es darum geht, sich die Gunst der polnischen Massen zu sichern, auch muß sich das kommunistische Regime in Polen nicht um internationale Anerkennung bemühen, weil diese schon vor 18 Jahren erfolgt ist. Volkspolen verbindet dagegen mit der "DDR" in erster Linie Interesse wirtschaftlicher Natur.

Schon vor einem Jahr wurde das von polnischer Seite sehr stark betont. GOMULKA widmete 1961 dieser Frage einen beachtlichen Teil seiner Rede vor der "Volkskammer", und in der polnischen Presse erschienen damals Artikel,

die auf mangelnde Bereitschaft zur Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit seitens der sowjetzonalen Regierung hinwiesen.

Während der letzten 12 Monate hat sich in dieser Hinsicht nichts Entscheidendes verbessert. Das geht einwandfrei aus einem Artikel hervor, der kurz vor der Ankunft ULBRICHTS in "Zycie Warszawy" erschien. Nebenbei gesagt bedient sich die Partei dieses Blattes immer dann, wenn man einer Meinung oder einem Wunsch nicht den offiziellen Stempel geben will.

"Der jetzige Stand (der wirtschaftlichen Zusammenarbeit) kann uns nicht befriedigen", heißt es in dem erwähnten Blatt. "Zwar befinden sich die Beschlüsse des vergangenen Oktobers auf dem Wege der Verwirklichung, doch müssen wir feststellen, daß die Arbeiten nicht auf allen Abschnitten im gleichen Maße fortgeschritten sind."

Warum Warschau so viel an einer Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem (nach der Sowjetunion) zweitwichtigsten Handelspartner liegt, erklären folgende Ausführungen des Blattes:

"Unser Import aus der DDR entwickelt sich sehr schnell (in den Jahren 1955-62 wurde er fast verdoppelt). Unser Export dagegen bleibt immer auf der Höhe des Jahres 1955. Wir hatten zwar schon immer in unserer Handelsbilanz mit der DDR einen Minus-Saldo, was aber früher für unsere Wirtschaft nicht weiter gefährlich war, weil wir zugunsten unseres westlichen Nachbarn zahlreiche Transport- und Verkehrsdienste leisteten. Der Wert dieser Dienstleistungen betrug im Jahre 1962 ca. 90 Mio Dollar. Auf diese Weise wurde unsere Zahlungsbilanz ausgeglichen. Jedoch (seit 1961) werden unsere Einnahmen aus den Dienstleistungen zugunsten der DDR immer kleiner, die Diskrepanz zwischen Ein- und Ausfuhren wächst dagegen ständig. In der Folge wächst seit drei Jahren unsere Verschuldung bei der DDR. Von 1964 an sollen wir noch dazu die vorher bekommenen Kredite abzuzahlen anfangen. Die einzige Möglichkeit, diese Schulden zu tilgen, ist eine bedeutende Erhöhung unserer Exporte."

Die Struktur dieses Exportes empfindet man in Warschau als nicht besonders günstig. 43 % nehmen darin die Dienstleistungen ein, 36 % Brennstoffe, Rohstoffe und Materialien, 14 % Maschinen und Ausrüstungen und endlich je 3 bis 4 % Agrarprodukte und Artikel des Massenbedarfs. Im polnischen Import aus der "DDR" stehen dagegen Maschinen und Ausrüstungen an erster Stelle (55%), dann folgen Rohstoffe und Halbfabrikate (25 %) und Artikel des Massenbedarfs (20 %).

Die Erhöhung des polnischen Exports in die Sowjetzone kann, nach polnischer Ansicht, nur durch gesteigerte Ausfuhr von industriellen Erzeugnissen erzielt werden. Beunruhigung ruft in Warschau die Tatsache hervor, daß sich die polnischen Maschinenimporte aus der Sowjetzone während der Jahre 1959-1962 von 70 auf 115 Mio Dollar erhöhten, gleichzeitig aber verminderte sich der Wert der polnischen Maschinenexporte in die Zone von 45 auf 20 Mio Dollar. Vom Standpunkt Warschaus gestalten sich die wirtschaftlichen Beziehungen mit der "DDR" keineswegs befriedigend.

"Wir sind überzeugt", schrieb das zitierte Blatt, "daß unsere Gäste aus der DDR mit eigenen Augen feststellen können, über welche Möglichkeiten unsere Wirtschaft schon jetzt verfügt, und daß dieser Besuch eine wichtige Entwicklungsetappe in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern bilden wird."

Wie im vorigen Jahre waren auch diesmal die Polen zu Vorleistungen auf politischem Gebiet bereit, damit sich ihre wirtschaftlichen Hoffnungen erfüllen. Man bereitete den Pankower Machthabern einen großartigen Empfang. Die polnischen Gastgeber, vor allem aber GOMULKA selbst, hielten Reden, die ULBRICHT und seine Umgebung befriedigen mußten. Für ULBRICHT war das zweifellos ein erfolgreicher Besuch.

Können die Polen dasselbe behaupten? In Warschau ist man skeptisch. Auch diesmal ließ sich ULBRICHT keine bindenden Versprechungen entlocken, daß die Sowjetzone mehr aus Polen importieren wird, worauf es schließlich GOMULKA am meisten ankam. Obwohl er selbst zu einem Entgegenkommen in dem von Polen erwarteten Maße nicht bereit war, besaß ULBRICHT noch die Dreistheit, Warschau vor Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik zu warnen. Dabei wußte er genau, daß es gerade Polen war, das auf eine Erweiterung des Handels mit Bonn und auf die Unterzeichnung eines Handelsvertrages drängte. Der entsprechende Passus der Rede ULBRICHTs auf der "Freundschaftskundgebung" in Warschau lautete:

"Wenn sie (Bonner Politiker) von Handelsbeziehungen mit Polen sprechen, dann liefern die westdeutschen Regierungszeitungen gleich die richtige Begleitmusik, indem sie mit munterer imperialistischer Unverschämtheit ausplaudern, diese Handelsbeziehungen hätten vor allem das Ziel, die Volksrepublik Polen aufzuweichen und von der DDR zu trennen."

Der Gast aus Pankow erlaubte sich noch eine andere Taktlosigkeit gegenüber seinen Gastgebern. Sehr ausführlich hob er nämlich die Vorteile hervor, die eine Kollektivierung der Landwirtschaft bringt und illustrierte sie anhand der angeblichen Erfolge der zonalen LPG. Auf GOMULKA und seine Mitarbeiter mußte diese Lobrede etwas peinlich wirken, nicht deswegen, weil sie prinzipiell etwas gegen die Kollektivierung hätten (was sicher nicht der Fall ist), sondern weil sie unter dem Druck der Umstände als einziger Staat im Ostblock auf eine Kollektivierung verzichten und einen Teil der bereits durchgeführten Kollektivierungsmaßnahmen wieder rückgängig machen mußten.

4) Verlauf des "DDR"-Besuches in Polen

Am 25. September kam die Pankower Delegation in Warschau an. Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" brachte auf der ersten Seite Bilder ULBRICHTs und LEUSCHNERs sowie einen Leitartikel, in dem es hieß, daß die polnische Bevölkerung den deutschen Gästen einen besonders herzlichen Empfang bereiten werde.

"Unser Volk, " schrieb "Trybuna Ludu", "schätzt die Anstrengung unserer Freunde aus der DDR, die eine Erziehung von fast 20 Millionen DDR-Bürgern zur Freundschaft mit den Völkern, insbesondere mit dem polnischen Volke zum Ziele hat. Hoch schätzt unser Volk den Mut, den nur Kommunisten aufbringen konnten, um dem deutschen Volke die ganze schwerwiegende Wahrheit zu sagen über die Verbrechen des deutschen Imperialismus und die Notwendigkeit einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Um so mehr schätzen wir diesen Mut, weil es vorher den preussischen Junkern und Kapitalisten gelungen war, zahlreiche Schichten des deutschen Volkes mit dem Gift des Chauvinismus so zu vergiften, daß die Hetze der Revisionisten und Revanchisten gegen Polen, die CSSR und die SU bis zum heutigen Tage nicht verstummt...

Die Polnische Volksrepublik versichert der DDR und ihrer Friedenspolitik ihre volle Unterstützung. Sie sieht in ihr ihren Freund und Verbündeten. Die Sicherheit der DDR, die vom westdeutschen Imperialismus bedroht wird, betrachten wir als den integralen Teil unserer eigenen Sicherheit. So wie die DDR die Wacht an unserer Grenze hält, so erkennen wir... die Grenze an der Elbe als unantastbar an."

Die Begrüßungsrede GOMULKAs auf dem ersten Empfang der Gäste enthielt sehr scharfe Formulierungen, die an die Adresse der Bundesrepublik gerichtet waren:

"Die Politik der in der Bundesrepublik regierenden Kräfte ist gekennzeichnet durch Aggressivität und durch die Versuche, jegliche konstruktiven, friedlichen Schritte in der internationalen Arena zu blockieren; durch das hartnäckige Bestreben, die DDR zu ersticken und zu annektieren, durch revanchistische territoriale Ansprüche; durch die Nichtanerkennung der polnisch-deutschen Staats-

grenze sowie durch das ungehemmte Streben nach eigenen Atomwaffen. Die Bundesrepublik steht an der Spitze der Kräfte des Kalten Krieges, und ihre Politik stellt eine Gefahr für den Frieden dar."

Am folgenden Tage begab sich die sowjetzonale Delegation auf eine Reise, die u.a. nach Krakau, Kattowitz, Breslau und Danzig führte. Den "Höhepunkt" des Besuches bildete eine Groß-Kundgebung im Warschauer Kulturpalast. GOMULKA und ULBRICHT hielten dort lange Reden.

Der polnische Parteichef empfand nach seinen Angriffen gegen die Bundesrepublik wohl selbst, daß er der Öffentlichkeit eine Erklärung schuldet:

"Einige bürgerliche Publizisten und Politiker des Westens sagten, daß die Politik der polnischen Regierung von 'Mißtrauenskplexen' gegenüber Deutschland bestimmt wird. In Wirklichkeit jedoch gibt es in unserer Politik keinen antideutschen Komplex. In der gegenwärtigen Situation Polens gibt es überhaupt keine Grundlage für solche Komplexe. Unsere Politik in der Deutschlandfrage stützt sich auf die Differenzierung zwischen den Kräften des Fortschritts, des Friedens und des Sozialismus und den Kräften der Reaktion, des Imperialismus und des Krieges. Die ersten, die von der DDR verkörpert werden, sind unsere Freunde und Brüder, mit denen uns alles verbindet und von denen uns nichts trennt. Die andere Kraft, das ist der mit Hilfe der NATO-Mächte zum Zwecke eines antikommunistischen Kreuzzuges wiedererstandene westdeutsche Militarismus, dessen aggressiven Charakter die Politik der Bonner Regierung, das Streben nach Unterwerfung und Einverleibung der DDR und nach Revanche gegenüber Polen... widerspiegelt..."

Unsere Wachsamkeit gegenüber diesen Kräften resultiert sowohl aus unserer direkten Kenntnis der Geschichte des deutschen Imperialismus, die mit dem Blut des polnischen Volkes geschrieben wurde, als auch aus der genauen Kenntnis der politischen Mechanismen der gegenwärtigen deutschen Bundesrepublik. Diese Wachsamkeit ist das gute Recht des polnischen Volkes und der polnischen Regierung."

Einen großen Teil seiner Rede widmete GOMULKA den Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Polen und der DDR. Er enthielt sich jeder direkten Kritik an Pankow, sprach sich aber sehr eindringlich für die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Integration beider Länder aus.

"Polen und die DDR verfügen im Augenblick über das gleiche Industriepotential. Gleichzeitig sind jedoch die Ausmaße der Produktion nicht groß genug, um im Maßstab des gegebenen Landes auf rentable Art die Produktion aller Industrieerzeugnisse aufnehmen zu können, deren Herstellung andererseits für die harmonische Entwicklung der gesamten Wirtschaft erforderlich ist. Das kann nur auf dem Wege der Vertiefung der sozialistischen Arbeitsteilung, der Spezialisierung der Produktion im Rahmen der schon bestehenden Produktionskapazitäten sowie durch eine Koordinierung der Investitionsprozesse erreicht werden, die den Weg zur Spezialisierung der Industrie in den einzelnen Ländern für die Zukunft zeigt."

Über die chinesische "Abweichung" sprach GOMULKA in einem erstaunlich gemäßigten Tone, wohl mit Rücksicht auf den bevorstehenden Nationalfeiertag Rotchinas, der auch Moskau zu vorübergehend sanfteren Worten verleitete:

"Von diesem Weg (der Einigkeit) sind leider die chinesischen Genossen abgegangen. Ihre früheren abweichenden Ansichten in einigen grundlegenden Problemen, die im Rahmen der Diskussion zwischen den Parteien durchaus zulässig waren, gestalten sie heute zu einer gesonderten, öffentlich verkündeten Linie um, wodurch die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung geschwächt wird. Eine besonders schädliche öffentliche Polemik entwickelten die chinesischen Genossen nach Abschluß des Moskauer Abkommens über die teilweise Einstellung der Kernwaffentests, das die chinesische Volksrepublik nicht zu unterzeichnen beschloß."

Zu bedauern und zu verdammen ist, daß die chinesischen Genossen das Moskauer Abkommen als Vorwand für durch nichts gerechtfertigte Angriffe auf die KPdSU, deren Führer und die Führung des großen Sowjetlandes benutzt haben und dabei Methoden und Polemik anwandten, die unter Genossen nicht zulässig sind. Nur die Feinde des Sozialismus reiben sich die Hände."

Am letzten Septembertag reiste die sowjetzoanle Delegation zurück nach Ostberlin. Einen Tag darauf veröffentlichte die polnische Presse eine gemeinsame Erklärung über den Besuch.

"Trybuna Ludu" schrieb am 3. Oktober, daß die Visite "nützlich und erfolgreich" war. Ob sie auch den von Polen erhofften Erfolg bringt, darüber hegt man in Warschau Zweifel, der in Anbetracht der bisherigen Erfahrungen berechtigt erscheint..

5) Polemik mit China über Sozialdemokratie

Die Polnische Parteipresse setzt die ideologische Polemik mit den Chinesen fort. Am 20. September unterzog die parteiantliche "Trybuna Ludu" die Ansichten der chinesischen Kommunisten über das Verhältnis zur Sozialdemokratie einer scharfen Kritik. Dabei entwickelt das polnische Blatt eigene Ansichten darüber, wie es sich die Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der Welt vorstellt:

"Die Autoren der neuen chinesischen 'Generallinie' berücksichtigen überhaupt nicht die manchmal bedeutenden Differenzen, die die einzelnen sozialdemokratischen Parteien trennen, und übersehen die Tatsache, daß manche dieser Parteien eine Evolution durchmachen. Die chinesischen Genossen meinen einfach so:

'In jeder Situation müssen die Kommunisten eine klare Demarkationslinie haben, die sie in prinzipiellen Fragen der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats von den sozialdemokratischen Parteien trennt. Sie müssen die sozialdemokratischen Einflüsse in der internationalen Arbeiterbewegung und unter den Massen der Werktätigen liquidieren.'

Man muß heutzutage völlig lebensfremd sein, um nicht zu begreifen, daß unter den derzeitigen Verhältnissen eine Annäherung der sozialdemokratischen Massen an die Idee der Revolution nur das Ergebnis einer geduldigen Aufklärungsarbeit unserer Bruderparteien und eines gemeinsamen Kampfes um gewisse Teilziele sein kann. Zu einer Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien auf der Grundlage der Anerkennung des Grundsatzes der Diktatur des Proletariats durch die Sozialdemokraten wird es niemals kommen, Es ist ja bekannt, wie sehr sich die heutigen Führer der Sozialdemokratie vom Marxismus entfernt haben..

Bedeutet das jedoch, daß es keine Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie gibt? Die Wirklichkeit zeigt, daß es trotz der grundsätzlichen Unterschiede, die die kommunistischen und sozialdemokratischen Lager trennen, die Möglichkeit einer gemeinsamen Teilfront im Kampfe gegen die Reaktion, die Allmacht der Monopole und die Befürworter des kalten Krieges gibt. Französische Sozialisten mit Guy Mollet an der Spitze halfen de Gaulle an die Macht zu kommen und waren Mitautoren seiner Verfassung. Heute steht zwar Mollet immer noch weit entfernt von den marxistisch-leninistischen Positionen, in der Praxis widerstrebt er jedoch de Gaulle...

Die britische Labour Party und die belgischen Sozialisten sprechen sich gegen die Wiedergeburt des deutschen Militarismus, für die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze aus. Die westdeutsche Sozialdemokratie steht heute auf den Positionen Adenauers, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die internationale Entwicklung und der Druck der breiten Masse, die der Militärpolitik Adenauers feindlich gegenüberstehen, die Sozialdemokratie zu einer vernünftigeren und fortschrittlicheren Politik zwingen werden...

Was besagt das alles? Das besagt, daß man von der Sozialdemokratie 'en bloc' nicht reden kann. Man soll die Demarkationslinie, die Kommunisten von Sozialdemokraten trennt, immer im Auge behalten, jedoch soll man auch nichts tun, was die Aktionseinheit beider Parteien und der unter ihrem Einfluß stehenden Massen im Kampfe gegen einen gemeinsamen Feind - den monopolistischen Kapitalismus - verhindern könnte."

6) Jugoslawischer Besuch in Polen

Jugoslawiens Außenminister Koca POPOVIC erwiderte Anfang September den Besuch RAPACKIS vom Vorjahre. Diese Visite fiel zeitlich mit der Schlußphase des CHRUSCHTSCHOW-Besuches bei TITO zusammen und erweckte relativ wenig Echo im In- und Ausland.

Als GOMULKA sich im Jahre 1957 an der sowjetischen Kritik an Jugoslawien und TITO beteiligte und damit auf die Möglichkeit einer nuancierten Politik

Polens gegenüber Belgrad verzichtete, verloren die Jugoslawen sichtlich das Interesse an Beziehungen zu Warschau. Auch nachdem sich im Laufe der folgenden Jahre das Verhältnis zwischen Jugoslawien und den Staaten des Sowjetblockes verbessert hatten, änderte sich wenig an der Entfremdung zwischen GOMULKA und TITO. Den Sowjets lag auch offensichtlich wenig daran Polen als Vermittler einzuschalten, wo sie schnell und leicht wieder einen direkten Weg zu den Belgrader Kommunisten fanden.

Die Polnischen Versuche in letzter Zeit, die Beziehungen zu Jugoslawien wieder zu aktivieren, wurden in Belgrad nur zögernd beantwortet. In seiner Begrüßungsansprache deutete Minister RAPACKI an, daß sein Land sich eine Intensivierung der Beziehungen nicht nur zwischen den beiden Regierungen sondern auch zwischen den Parteien wünscht. In seiner Antwortrede ging POPOWIC auf dieses Problem nicht ein.

Es wurden viele Höflichkeitsfloskeln getauscht, man redete von der "traditionellen Freundschaft" und gemeinsamen Interessen. Das einzige konkrete Ergebnis des Besuches war die Feststellung, daß Tito die polnische Einladung zu einer Visite in Warschau angenommen hat. Ein Termin wurde aber nicht vereinbart.

7) Konzil in Rom und neuer Papst

Einige Tage vor der Wiederaufnahme der Arbeit des Konzils in Rom befaßte sich der Experte der polnischen Kommunisten für vatikanische Probleme, Ignacy KRASICKI, in mehreren Korrespondenzen mit der aktuellen Lage der Kirche. Diese Korrespondenzen erschienen in der zweiten September-Dekade in "Zycie Warszawy".

"Nach dem unvergesslichen Pontifikat des Papstes Johannes XXIII. steht die Katholische Kirche am Vortage der neuen Konzilssession und in der ersten Phase der enigmatischen und vieldeutigen Regierung des PaulVI...

Wird es der Kirche gelingen, den Dialog mit der heutigen Welt, in welcher jeder dritte Mensch im sozialistischen System lebt, anzuknüpfen, wenn sie sich dabei nur der glatten diplomatischen Sprache bedient? Papst Johannes der XXIII. traf ins Schwarze. Er hielt nicht nur friedliche Appelle, er formulierte auch die äußerst wichtige These über die 'supranationale Neutralität der Kirche' und wirkte damit entschieden gegen die atlantische Orientierung einer Kirche, die allgemein sein möchte...

Werden der neue Papst und die vatikanische Hierarchie im gleichen Geiste ihr Verhältnis zur sozialistischen Welt, zu anderen, auch materialistischen Ideologien gestalten? Bis jetzt kann man diese Frage leider nicht mit einem 'ja' beantworten."

II. WIRTSCHAFT

1) Erntefest

Nach der Mißernte des Vorjahres kam auch in diesem Jahre eine schlechte Ernte, stellte der Parteichef GOMULKA beim Erntefest im Warschauer Sportstadion fest.

"Wir sind dadurch sehr besorgt. Die diesjährige Gesamtproduktion der Landwirtschaft, sowohl auf dem Gebiete des Ackerbaus als auch der Tierzucht, wird die vorjährige nicht nur nicht übertreffen, sondern möglicherweise sogar noch darunter liegen, wenn die Kartoffel- und Zuckerrübenernte ebenfalls schlecht ausfallen. Die Folgen zweier aufeinander folgender Jahre der schlechten landwirtschaftlichen Produktion wirken sich in der gesamten Nationalwirtschaft auf, beeinflussen die Versorgung der Bevölkerung, vermindern das Einkommen der Bauern, zwingen uns zu sehr kostspieligen Importen von Getreide und Futtermitteln und vermindern gleichzeitig unseren Export von Agrarprodukten."

Schuld an diesen Mißerfolgen trügen der "Winter des Jahrhunderts" und der trockene Sommer. Die Bauern hätten ihre Ablieferungskontingente an Fleisch und Milch nicht erfüllen können. Das habe zu einem Import von 30.000 to Fleisch aus der SU gezwungen. Diese Hilfe müsse aber im I. Quartal des kommenden Jahres zurückerstattet werden.

Um einen Rückgang in der Rinderzucht zu verhindern, habe man sich entschlossen, den Bauern für die abgelieferte Milch in Zukunft 11 % mehr als bisher zu zahlen. So sehr das die Bauern auch freute, die Konsumenten sind empört, weil die Preiserhöhung inzwischen auf sie abgewälzt wurde.

2) Neue Preiserhöhungen

Mit Wirkung vom 15. September verfügte die Regierung Polens eine Erhöhung der Preise für Milch und eine Anzahl von Milchprodukten (mit Ausnahme der

Butter). Ausserdem wurden auch die Preise für Spirituosen, Essig und Streichhölzer erhöht.

Die Erhöhung der Einzelhandelspreise für Milch und Milchprodukte ist die Folge einer Erhöhung von Preisen, die der Staat den Bauern für Kontingentmilch zahlt. Für die Bevölkerung entstehen dadurch Mehrausgaben in Höhe von 750 Mio Zloty. Diese Summe soll aber nicht der Staatskasse zufließen. Man verordnete eine kleine Erhöhung der Kindergelder und Renten, die sich auf eine Summe von 950 Mil Zloty belaufen wird. Wenn man diesen Angaben Glauben schenken kann, würde die Bevölkerung von den letzten Preiserhöhungen sogar profitieren.

Die Mehreinnahmen des Staates aus der Erhöhung der Preise für Spirituosen soll dagegen für eine Regulierung der Gehälter gewisser Berufsgruppen verwendet werden. Vor allem bezieht sich das auf die Schullehrer und Krankenschwestern. Beide gehören in Polen zu den schlecht bezahlten Berufen.